



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

46. Ratssitzung vom 19. April 2023

1731. 2022/562

Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 16.11.2022:

Vertiefte Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus und menschenverachtenden Ideologien an den Schulen ab der Mittelstufe

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Ronny Siev (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 936/2022): Mit dem Postulat wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, ob und wie an Schulen ab der Mittelstufe regelmässig eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus und menschenverachtende Ideologien eingeführt werden kann. Das Postulat liegt mir speziell am Herzen. Ich besuche mit der Stiftung Erziehung zur Toleranz (SET) regelmässig Oberstufen- und Berufsschulen. Das Programm heisst «Holocaust. Nachkommen erzählen.» Dort erzähle ich die Geschichte meiner Grosseltern und meines Vaters; wie sie überlebten und dass der Grossteil der Familie nicht überlebte. Sie mussten nach dem Krieg nach Israel flüchten, den einzigen Ort, wo sie in einem Flüchtlingslager aufgenommen wurden. Das Ganze ist sehr anstrengend für mich und ich würde es nicht machen, wenn ich nicht davon überzeugt wäre, dass der Aufwand von grossem Nutzen ist. Im Projekt «Likrat» des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) besuchen Gleichaltrige die Schulen und erzählen von ihrer Kultur. Auch das hat eine grosse Wirkung und könnte Teil des schulischen Curriculums werden. Rechtsextreme und andere menschenverachtende Ideologien sind im Alltag der Schüler allgegenwärtig. Den Hass erfahren sie über die App TikTok, ihre Eltern, Kollegen oder andere Bezugspersonen. Deshalb ist es wichtig, dass die Schulen dies thematisieren und in einen Kontext bringen. Man muss hasserfüllter, menschenverachtender Ideologie entgegentreten.*

***Martina Zürcher (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 30. November 2022 gestellten Textänderungsantrag: Wir wollen «Rechtsextremismus» durch den Ausdruck «gewaltbereiter Extremismus» ersetzen. Gewaltbereiter Extremismus ist ein Problem, egal ob er rechts, links oder religiös motiviert ist. Auch wenn wir ein Einmischen des Parlaments in den Lehrplan kritisch sehen, finden wir die Textänderung richtig.*

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie in der Stadt Zürich an Schulen ab der Mittelstufe in geeigneter Form regelmässig und wiederkehrend eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Themen gewaltbereiter ~~ERechts~~Extremismus und menschenverachtenden Ideologien eingeführt werden kann. Die vertiefte Auseinandersetzung ermöglicht eine regelmässige und damit effektive Sensibilisierung zu extremistischen ~~rechtsextremen~~ Bewegungen in der Schule, um den Anschluss gewaltbereiter Extremisten ~~Rechtsextremer~~ an die Mehrheitsgesellschaft zu verhindern.



Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag: *In den letzten Monaten diskutierten wir bereits über drei Vorstösse, die in die gleiche Richtung zielten. Die Meinung der AL-Fraktion ist grösstenteils bekannt. Auch dieses Postulat ist ein Versuch, sich dem Problem des sich stärkenden Neofaschismus entgegenzustellen. Es ist aber leider nicht viel mehr, als ein nett gemeinter Versuch. Wir sind klar der Meinung, dass der bürgerliche Staat kein verlässlicher Partner im Kampf gegen den Faschismus ist. Die Terminologie des Extremismus wird immer als Teil einer Hufeisentheorie gegen links verwendet. Auch im vorliegenden Fall glaube ich kaum, dass die von den Postulantinnen erhoffte Wirkung eintreten wird. Wenn Faschismus innerhalb des Schulsystems bekämpft werden soll, braucht es keine Auseinandersetzung darüber, welche Kleidung die Neonazis der Jungen Tat tragen und welche Musik sie hören. Es braucht eine diskriminierungssensible Bildung, die unsere kolonialen und rassistischen Strukturen angeht und die Geschichte und das Verbrechen des Faschismus aufzeigt. Nur so kann man sicherstellen, dass zukünftige Generationen nicht auf faschistoide Ideen anspringen und wir nicht darauf angewiesen sind, einen gewissen Kleiderstil erkennen zu können. Das hätten Sie herausgefunden, wenn Sie mit den Expertinnen und den Aktivistinnen gesprochen hätten, die sich aktiv für einen solchen Wandel im Bildungssystem einsetzen. Beispielsweise sind die Lehrmittel immer noch mit rassistischen und diskriminierenden Inhalten durchzogen, sowohl an der Volksschule als auch an der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH). Es gibt Menschen, die sich aktiv für einen solchen strukturellen Wandel einsetzen. Ich kann Ihnen das Buch «No to Racism. Grundlagen für eine rassistismuskritische Schulkultur» von Rahel El-Maawi, Mani Owzar und Tilo Bur empfehlen. Anstatt zu versuchen, etwas grundlegend zu ändern und sich selbst antifaschistisch zu organisieren und einzusetzen, versucht man den einfachen Weg mit einem Postulat: Die Verwaltung soll es lösen. Es ist die Verwaltung, die genau diese Strukturen produziert, die solche Ideologien überhaupt erst ermöglicht und sie soll es jetzt richten. Antifaschismus ist und bleibt leider Handarbeit. Der vorliegende Vorstoss ist das nicht. Unser Textänderungsantrag ersetzt «Rechtsextremismus und menschenverachtenden Ideologien» mit «Neofaschismus», wie wir das bereits bei anderen Postulaten beantragt haben. Wenn unser Textänderungsantrag abgelehnt wird, werden wir das Postulat ablehnen. Es sagt etwas über die sozialdemokratischen Kräfte – womit ich auch die Grünen meine – im Parlament aus, dass Sie mit der liberalen GLP zusammenspannen, anstatt mit den antifaschistischen Aktivistinnen mitzugehen, die die vorliegenden Massnahmen grösstenteils ablehnen. Stattdessen sollte man sich lieber fragen, wem man im Kampf gegen den Faschismus vertrauen kann. Die Geschichte ist diesbezüglich sehr klar.*

Dominik Waser (Grüne) ist mit den beiden Textänderungen nicht einverstanden: *Ich will für die, die ablehnen und meinen, dass wir es in der ursprünglichen Form nicht wirklich ernst meinten, auf die Formulierung des Postulats hinweisen: Es beinhaltet explizit Rechtsextremismus und andere Formen menschenverachtender Ideologien. Wer nicht zustimmt, nimmt das Thema nicht ernst. Es geht um die Sensibilisierung, die sehr wichtig ist und auch in den Schulen gemacht werden soll. Wir sind der Meinung, dass diese Themen insbesondere mit jungen Menschen diskutiert werden sollten. Das ist der wirksamste Hebel um zu verhindern, dass diese Ideologien Unterstützung finden, dass sie*



als normal angesehen werden, dass mehr Menschen diese Ideologien annehmen und Parteien oder Gruppen beitreten, die diese Ideologien unterstützen. Das müssen wir verhindern. Dabei helfen die Sensibilisierung und Thematisierung. Wir wissen, dass der Rechtsextremismus in der Schweiz ein Problem ist. Wir haben die Junge Tat und im näheren Ausland Fälle, bei denen wir sehen, wohin das führt.

Jean-Marc Jung (SVP): *Es geht um die Sensibilisierung. Man muss darauf achten, was alles sensibilisiert werden soll. An den Mittelschulen soll durchaus objektiv gelehrt und gelernt werden. Gelernt wird auch ausserhalb der klassischen Schule: im Internet, in Religionsschulen und unter Kollegen. In der Schule kann man konkret über die politischen Strömungen, Ideologien und historischen Tatsachen sprechen. Hoffen wir, dass das Gelernte in den Köpfen bleibt. Entsprechend muss das Schulmaterial einprägsam sein. Die Lehrkräfte müssen sich darauf verlassen können, dass das Material an den Schulen fachdidaktischen und wissenschaftlichen Ansprüchen genügt. Es gibt viele Gründe, die Gefahr durch den Rechtsextremismus und Islamismus hoch einzuschätzen. Auch die Angst davor muss man sehr ernst nehmen. Diese Einsicht erlaubt aber weder ein Desinteresse noch eine Ignoranz gegenüber dem Linksextremismus. Die ultralinke Gewaltverherrlichung in Zürich ist nicht wegzudiskutieren und bleibt Ausdruck linker Clan-Kriminalität. Wer das nicht sehen will, macht sich zum Verbündeten des Mobs. Das linksextreme Konzept ist staatsfeindlich. Man träumt vom Umsturz. Diese Leute glauben tatsächlich daran, dass der Staat in einer Revolution untergehen wird. Und doch ist die Angst vor dem Rechtsextremismus aus plausiblen Gründen bei vielen nach wie vor grösser als vor dem Linksextremismus, ausser vielleicht in Osteuropa, Nordeuropa oder Polen. Das hat mit den Bildern zu tun, die wir vom Rechtsextremismus in unseren Köpfen haben: die Konzentrationslager, die Schrecken des Zweiten Weltkriegs, die Nazi-Schergen. Wenn wir an Linksextremismus denken, entsteht nichts dergleichen – zumindest nicht in unseren Breitengraden. Dabei ist das millionenfache Morden im Namen des Kommunismus eine historische Tatsache; auch hier in Europa, beziehungsweise in Osteuropa. Im Schweizerischen Strafgesetzbuch ist unter Artikel 261 die Rassismus-Strafnorm festgehalten: Menschen, die Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnen, gröblich verharmlosen oder zu rechtfertigen suchen, werden bestraft. Wer die Funktion kommunistischer Politikommissare in der Stalin-Zeit verharmlost oder sogar hochhält, oder wer den Holodomor in Osteuropa – die wissentlich herbeigeführte Hungersnot, die den Hungertod von Millionen von Menschen in der Ukraine im Jahr 1933 verursachte – verschweigt oder höchstens als Randnotiz im Schulunterricht behandelt haben will, verharmlost grob und relativiert historische Tatsachen. Der israelische Staatspräsident Isaac Herzog ist auch der Meinung, dass der Holodomor gebrandmarkt und der Hungersnot gedenkt werden muss. Das EU-Parlament stufte den Holodomor als Völkermord ein. Die historische Singularität des Holocaust bleibt dabei immer bestehen. Das muss den Mittelschülern wie gefordert wiederkehrend und eindringlich eingetrichtert werden. Aber der Linksextremismus muss in seiner historischen Dimension auch erwähnt werden. Die Diskussion darüber ist schwierig und sehr belastend. Der Streit um die Deutungshoheit ist zwingend. Auch andere Themen wie beispielsweise Mao Zedong, Pol Pot und das Ministerium für Staatssicherheit (die Stasi), müssen explizit erwähnt werden. So sind auch Verbrechen von Kollektivismus und Missachtung der individuellen Freiheit immer wieder zu erwähnen. Die Lehrer sind in ihrem*



Schulalltag mitunter mit rassistischen, dschihadistischen oder anderen extremistischen Einstellungen der Jugendlichen konfrontiert. Die Vermittlung von Sachwissen, die Sensibilisierung, Aufklärung und Deradikalisierung sind wesentliche Elemente der Prävention. Wir wollen sie alle und wir brauchen sie, nur der Fokus muss umfassender sein.

Stefan Urech (SVP): *Ich bezweifle, dass es Ihnen tatsächlich um die Sensibilisierung und nicht in erster Linie um die Selbstinszenierung geht. Ich beobachte den Trend immer mehr, dass versucht wird, die eigene politische Agenda über Vorstösse ins Klassenzimmer zu tragen. In der Halle 9 ging es um die Klimaziele, von der AL hörten wir, dass «Antifa» und «wir sind Opfer» unterrichtet werden müsse und Ronny Siev (GLP) meint, dass noch Rechtsextremismus und dies und das rein müsse. Alle bringen ihre persönlichen Präferenzen, was alles ins Klassenzimmer soll, als Vorstoss ein. Ich finde das falsch. Ich kann Sie beruhigen: Wir Lehrer können das ignorieren, denn wir halten uns nicht an die aktuellen Launen von Lokalpolitikern, sondern an den Lehrplan. Im Lehrplan ist alles, was Sie hier einbringen, bereits verankert: Rechtsextremismus, Linksextremismus, Nachhaltigkeit. Sie hatten für den Lehrplan 21 geworben, er sei das Beste und müsse unbedingt angenommen werden. Wir haben ihn und wir müssen uns nach ihm richten. Ich bezweifle, dass Sie sich kurz die Zeit genommen haben, um den Lehrplan anzuschauen und nach den Stichwörtern zu suchen. Ihre Parteien stellen viele Schulpfleger. Liegen Ihnen Berichte von Schulpflegerinnen vor, dass es in deren Schulkreis unterlassen werde, über Rechtsextremismus zu sprechen oder haben Sie konkrete Beispiele? Ich glaube nicht, es ist am Ende des Tages Schaumschlägerei.*

Roger Föhn (EVP): *Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt das Postulat nur mit der Textänderung der FDP. Meiner Meinung nach ist es nicht in Ordnung zu behaupten, dass wer das Postulat ablehne, das Thema nicht ernst nehme. Im Gegenteil: Wir nehmen das Thema sehr ernst. Sie aber blenden explizit das Thema Linksextremismus aus. Das ist nicht in Ordnung. Wenn man will, dass das Thema in der Schule behandelt wird, dann muss alles gleich gewichtet werden, egal ob es Rechts-, Links- oder ein theologischer Extremismus ist. Das sollte nicht unterschieden werden.*

Michael Schmid (FDP): *Es ist falsch, wenn der grüne Sprecher sagt, wer den unveränderten Vorstoss ablehne, nehme das Thema nicht ernst. Es ist umgekehrt. Wenn Sie unsere Textänderung nicht annehmen, nehmen Sie das Thema nicht ernst. Es gilt gegen jede Form von extremistischer Gewalt zu sensibilisieren – gegen linksextremistische, rechtsextremistische und religiös motivierte Gewalt, den Dschihadismus. Das darf man nicht ausblenden, denn dann würde man der Herausforderung nicht gerecht. Nach den Ereignissen vom 1. auf den 2. April stand der Kantonsratsfraktionspräsident der Grünen am 3. April hier und warf der SVP vor, dass sie auf dem rechten Auge blind seien; dass sie nur linksextreme Ausschreitungen verurteilten und im Gegensatz dazu würden die Grünen jegliche Gewalt verurteilen. Sie sind nicht konsistent und nicht konsequent. Wir sind es. Das Votum des AL-Sprechers disqualifiziert sich selbst.*

Das Postulat wird mit 68 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat